

Für eine kinderfreundliche Gesellschaft

Vom Bundesausschuß der CDU am 11. Dezember 1978 in Berlin verabschiedete Entschließung zum Internationalen Jahr des Kindes

Das Jahr 1979 ist von den Vereinten Nationen zum „Internationalen Jahr des Kindes“ erklärt worden. Die CDU sieht darin die Chance, auch in der Bundesrepublik einen neuen Anstoß zur Verbesserung der Lebensverhältnisse des Kindes zu geben. Unsere Gesellschaft muß wieder kinderfreundlicher werden. Wir können uns nicht länger eine Politik leisten, die zugunsten kurzfristiger Gegenwartsinteressen langfristige Zukunftsinteressen aufs Spiel setzt.

Eine humane Gesellschaft beginnt mit der Zuwendung zum Kind.

Eine Gesellschaft, die ihre Kinder vernachlässigt, ist eine Gesellschaft, die an Zusammenhalt und menschlicher Wärme verliert. Eine solche Gesellschaft gefährdet ihre freiheitlichen Kräfte und verliert an menschlicher Substanz.

Mit der vorliegenden Entschließung zur Verbesserung der Lebensbedingungen des Kindes will die CDU Wege aufzeigen, wie die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder gesichert werden können. Das gilt auch im Hinblick auf die Lage der Kinder in den Entwicklungsländern. Auch ihnen gehört unsere aktive Solidarität.

Ein Volk ohne Kinder verliert seine Zukunft

Kinder brauchen Schutz und Geborgenheit. Sie brauchen die Liebe und die Zuwendung ihrer Eltern.

In einem Volk, in dem immer weniger Ehen geschlossen und in dem immer weniger Kinder geboren werden, schwindet die tägliche Erfahrung von Gemeinschaft und Solidarität. Eine solche Gesellschaft verliert an Zusammenhalt, an Wärme und Hoffnung auf eine menschenwürdige Zukunft.

Die langfristige Gefährdung des Generationenvertrages und menschlicher Verarmung bedrohen die Bevölkerung der Bundesrepublik insgesamt

— in der sich in den letzten 10 Jahren die Eheschließungen halbiert und die Ehescheidungen verdoppelt haben

— in der nur die Hälfte der zur Bevölkerungserhaltung notwendigen Kinder geboren wird

— in der Kinderreichtum zu sozialem Abstieg führt.

Gegensteuerung tut not und es gilt, eine positive Entwicklung einzuleiten. Deshalb sind Staat und Gesellschaft verpflichtet, durch Förderung einer kinderfreundlichen Einstellung, durch finanzielle Hilfen für Familien mit Kindern und durch eine kindgerechte Umwelt dazu beizutragen, daß Eltern ihren Wunsch nach mehr Kindern wieder verwirklichen können.

Deshalb fordert die CDU

- Anpassung des Kindergelds an die Entwicklung der steigenden Kosten
- die bundesweite Einführung von Familiendarlehen, deren Rückzahlung bei Geburten ermäßigt wird
- zusätzliche Hilfen dafür, daß Mütter sich in den ersten Lebensjahren ihrem Kind widmen und dann wieder in die Erwerbstätigkeit zurückkehren können.

Das Recht des Kindes auf Entfaltung setzt sein Recht auf Familie voraus

Grundrecht des Kindes ist die Entfaltung seiner Persönlichkeit und seiner Begabung. Die Familie, erste und wichtigste Lebensgemeinschaft für das Kind, stellt dafür von Anfang an die entscheidenden Weichen. Von der Zuwendung, von der Begleitung und von der Liebe der Eltern hängt vor allem ab, wie sich Sprach- und Denkvermögen, Selbstbewußtsein und Gemeinschaftsfähigkeit, Wertvorstellungen und Verantwortungsbewußtsein entwickeln.

Jedes Kind hat daher grundsätzlich ein Recht auf seine Familie. Ständige und liebevolle Betreuung durch seine Eltern bilden den Kern dieses Rechts. Kinder in unvollständigen Familien und behinderte Kinder sind besonders auf Zuwendung und Geborgenheit angewiesen. Kinder, die nicht bei ihren natürlichen Eltern leben können, sollten in einer anderen Familie oder in familienähnlicher Zuordnung zu bestimmten Bezugspersonen aufwachsen.

Für die Familien- und Sozialpolitik ergeben sich daraus folgende Schwerpunkte:

- Stärkung der Erziehungskraft und der Erziehungsmöglichkeiten der Familie.
- Der Elternteil, der sich insbesondere dem kleinen Kind widmet und damit eine unersetzliche Leistung für die Gesellschaft erbringt, darf wirtschaftlich, rechtlich und sozial nicht benachteiligt werden.
- Alleinstehende Mütter und Väter, Familien mit behinderten Kindern und Familien, die andere Kinder aufnehmen, bedürfen der besonderen Hilfe des Staates.
- Die Leistungen der Familie für die Kinder müssen entsprechend ihrer großen Bedeutung für die Gemeinschaft aufgewertet werden.

Deshalb fordert die CDU

- die stufenweise Einführung eines Erziehungsgeldes für den nicht erwerbstätigen Elternteil
- die Anerkennung der Familienleistungen durch eine leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente

- die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung als Beitragszeiten
- den Ausbau von Familienbildung und Erziehungsberatung

Kinder haben Anspruch auf Erziehung und Bildung

Erziehung ist für das Kind und für die Gesellschaft unverzichtbar. Erziehung und Einübung in soziales Verhalten dienen nicht nur der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit, sondern auch der Rücksichtnahme und der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft. Erziehung darf nicht zur bloßen Wissensvermittlung verkürzt werden, und Kinder dürfen nicht als reine Sozialwesen mißverstanden werden, die nur in einer „richtig konstruierten Gesellschaft funktionieren“ können.

Erziehungstheorien, die das erkennen, sind kinderfeindlich und blind gegenüber den Problemen, die in einer technisierten, massenhaften und materialistischen Gesellschaft entstanden sind. Gerade eine solche Gesellschaft bedarf personaler Freiräume und Stätten der Geborgenheit. Sie bedarf darum eines neuen Mutes zur Erziehung. Wir wollen in Familie und Schule Kinder wieder lehren, die Wirklichkeit und ihre Erfahrungen zur eigenen Lebensform zu verarbeiten. Realitätsflucht führt zu Kinderkriminalität, Jugendalkoholismus, Drogengefährdung und Flucht in Jugendsektoren. Junge Menschen müssen durch ihre Erziehung Orientierungspunkte erhalten, die sie befähigen, aus eigenem Wissen und Gewissen richtig zu handeln.

Deshalb fordert die CDU

- Mut zur Erziehung durch Erzieher, die den jungen Menschen lehren, Pflichten zu erfüllen und Rechte zu gebrauchen, Toleranz und Mitmenschlichkeit zu üben und den demokratischen und sozialen Rechtstaat zu bejahren.
- Eine Schule, in der Leistungen Freude machen und als ein Maßstab anerkannt werden.
- Eine Schule, in der die Auseinandersetzung mit der Geschichte und der Gewinn eines religiösen und ethischen Standpunkts gefördert wird.
- Musische Bildung zur Stärkung kreativer Kräfte.
- Ein Bildungswesen, daß durch vielfältige und gleichwertige Bildungswege der Begabung, der Leistungsfähigkeit und der unterschiedlichen individuellen Persönlichkeit gerecht wird und den Schranken sozialer Herkunft entgegenwirkt.
- Eine Bildungspolitik, die sich um das vertrauensvolle Zusammenwirken von Eltern, Lehrern und Schülern bemüht.

Grundrechte gelten auch für Kinder

Leben und Würde des Kindes sind unantastbar. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seinem Alter. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Die Grundrechte schützen den Freiraum des Kindes gegenüber dem Staat. Die Familie als soziale Institution hat eine freiheitssichernde Funktion für das Kind, die es ebenfalls zu bewahren und zu fördern gilt.

Es ist verfassungsrechtliche Pflicht des Staates, das elterliche Erziehungsrecht zu sichern. Einschränkung oder Entzug des Erziehungsrechts sind letzte Mittel, um Gefahr und Schaden vom Kind abzuwenden. An diesem Grundsatz muß sich auch die Reform des elterlichen Sorgerechts ausrichten.

Die Lebenschancen vieler Kinder sind in Gefahr:

— allein 1976 wurden rd. 104000 minderjährige Kinder von Ehescheidungen betroffen

— täglich werden Kinder mißhandelt

Ziel muß es sein, allen Kindern die bestmöglichen Bedingungen für ihre Entfaltung bereitzustellen. Das Zusammenleben von Eltern und Kindern liegt in ihrer eigenen Verantwortung, für das die staatliche Gemeinschaft Mitverantwortung trägt. Gefährdete und verlassene Kinder brauchen besondere Hilfen der Gemeinschaft, um auch diesen Kindern personale Zuwendung und individuelle Erziehung – auch außerhalb der natürlichen Familie – zu gewährleisten.

Deshalb fordert die CDU

— Befähigung junger Menschen zu einer positiven Einstellung zur Elternschaft
— ein elterliches Sorgerecht, das den Eltern hilft, Konflikte in der Familie zu lösen und ihre heranwachsenden Kinder zur Selbständigkeit zu erziehen und ihre körperliche, seelische und geistige Entfaltung zu fördern. Die Reform der elterlichen Sorge darf nicht dazu dienen, das Elternrecht auszuhöhlen.

— Reform der Jugendhilfe zur Entfaltung junger Menschen und zur Stärkung der Familie

— Förderung der Frühadoption und Verbesserung der Adoptions- und Pflegestellervermittlung

— familiengruppierte Organisation der Kinderheime.

Gesundheit der Kinder – eine Aufgabe für die Gesellschaft

Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für alle Kinder gleich groß sein ohne Rücksicht auf die finanzielle Situation auf den Platz in der Gesellschaft und unabhängig vom Wohnort. Frühzeitige und aufmerksame Sorge für die Gesundheit ist besser als spätere Heilung von Schäden. Das selbstverständliche Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten soll in allen Bereichen gefördert werden. Behinderte sind keine Betreuungsobjekte, sie sind Partner.

Jährlich werden in der Bundesrepublik rd. 60000 Kinder mit geistigen oder körperlichen Behinderungen geboren. Die Säuglingssterblichkeit in der Bundesrepublik liegt noch immer höher als in den meisten vergleichbaren Staaten. Die Zahl der verunglückten Kinder im Straßenverkehr ist mit fast 70000 im letzten Jahr sogar die höchste im europäischen Vergleich. Der Drogen- und Alkoholkonsum unter den Kindern nimmt ständig zu. All diesen Gefahren für die Gesundheit unserer Kinder muß durch gezielte Maßnahmen vorgebeugt werden.

Deshalb fordert die CDU

- höhere Inanspruchnahme der Vorsorgeuntersuchungen für Mütter und Kinder durch Aufklärung und Werbung
- Einbeziehung der Gesundheits- und Verkehrserziehung in die Kindergartenarbeit und in den Schulen
- Sicherung der Schulwege und Geschwindigkeitsbeschränkungen in Wohngebieten
- kinderfreundliche Krankenhäuser (z. B. „Rooming in“ und sozialpädagogische Betreuung)
- Frühförderung und Behandlung behinderter Kinder
- Ausbau der Ausbildungsmöglichkeiten für Kinderpsychotherapeuten
- Ausbau der ambulanten und sozialen Dienste
- verstärkte Aufklärungsarbeit über Suchtgefahren

Kinder brauchen eine kindgerechte Umgebung

Im Wohnungs- und Städtebau werden die Bedürfnisse unserer Kinder nicht ausreichend berücksichtigt. Wohnungen müssen in Größe und Raumaufteilung die Entwicklung des Kindes in seiner Familie fördern und für die Familie wirtschaftlich tragbar sein. Das engere Wohnumfeld muß durch eine kinderfreundliche Städteplanung den Kindern ausreichenden Lebensraum und freie Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

Von der Gestaltung der Wohnung und Wohnumgebung hängen Erziehung und Entwicklung des Kindes in entscheidendem Maße ab, weil sie den gesamten Lebensbereich des Kindes in seinen frühen Lebensjahren darstellen. So behindern z. B. zu enge und zu hoch gelegene Wohnungen die Entdeckerfreude und den Bewegungsdrang der Kinder. So können Uniformität und Monotonie der Wohngebiete das phantasieanregende Spiel der Kinder blockieren. So werden Entwicklungsbedingungen für Kinder oft anderen Faktoren untergeordnet, wie repräsentativem und störungsfreiem Wohnen und reibunglosem Verkehrsablauf aus der Sicht des Autofahrers. Wohnungs- und Städtebau müssen stärker die Bedürfnisse der Kinder berücksichtigen.

Deshalb fordert die CDU

- ausreichend große Kinderzimmer im Wohnungsbau
- bessere Schallisolation der Wohnungen
- kinderfreundliche Mietverträge und Hausordnungen
- verstärkte finanzielle Förderung, um den Familien ausreichenden Wohnraum zu sichern
- Sicherung von Erholungs- und Spielflächen im Wohnbereich
- kurze und sichere Wege zu Kindergärten und Schule
- wohnergänzende Gemeinschaftseinrichtungen im Wohngebiet (z. B. Kommunikationszentren, Gemeinschaftsräume)

Gemeinsame Freizeit in Sport und Spiel fördert den Zusammenhalt der Familiengemeinschaft

Sozialverhalten, Verantwortungsgefühl und Familiensinn müssen durch Möglichkeiten des gemeinsamen Spiels und sportlicher Betätigung für Kinder mit ihren Eltern gefördert werden.

Mit zunehmender Freizeit haben die Eltern größere Möglichkeiten zur gemeinsamen Gestaltung dieser Freizeit mit ihren Kindern erhalten. Daher sind auch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung solche Freizeitangebote auch in Wohnnähe besonders wichtig, die eine Gestaltung der Freizeit entsprechend den Interessen des einzelnen und den Zusammenhalt der Familiengemeinschaft ermöglichen.

Deshalb fordert die CDU

- Förderung familienfreundlicher Ferienangebote
- Förderung von Wochenendfreizeiten (Sport, Spiel und kulturelle Angebote für Familien mit ihren Kindern)
- Öffnung von Sportplätzen und Hallen, Vereinshäusern, Begegnungsstätten, Schulräumen und Schulhöfen während der schulfreien Zeit.
- Familienpässe für die verbilligte Nutzung öffentlicher Einrichtungen

Medien müssen Kindern helfen und sie nicht gefährden

Das Massenmedium Fernsehen übt auch auf Kinder einen immer stärkeren Einfluß aus. Dieser Einfluß wird oft dadurch verstärkt, daß Fernsehen als „Babysitter“ zu mißbrauchen.

93,2% aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland haben ein Fernsehgerät. Für die 3,25 Mio. 3-7jährigen und die ca. 6 Mio. 8-13jährigen Kinder gehört Fernsehen zum Alltag.

83% aller 3-9jährigen Kinder sehen täglich oder fast täglich fern. 13% 2-3 mal wöchentlich und nur 5% seltener.

3-9jährige Kinder verbringen an Werktagen durchschnittlich $1\frac{1}{2}$ Stunden vor dem Bildschirm.

Kinder müssen vor einem allzu starken Gebrauch des Fernsehens geschützt werden. Kinderprogramme sollen der Unterhaltung und der Information dienen. Sie dürfen Kinder nicht überfluten. Kinder müssen zum richtigen Umgang mit dem Fernsehen angehalten werden.

Kindersendungen sollen zwar die Kritikfähigkeit fördern, doch dürfen sie weder indoktrinieren noch künstliche Konflikte zwischen Kindern, Eltern und Gesell-

schaft hervorrufen. Sie dürfen das Kind nicht seiner Umwelt entfremden, sondern sollen dazu beitragen, es in seiner positiven Lebenshaltung zu bestärken.

Es müssen Anstrengungen unternommen werden, um einen sinnvollen Gebrauch des Fernsehens zu erreichen. Eltern müssen auf richtiges Verhalten zum Fernsehen hinwirken. Fernsehen sollte für Kinder einen nachrangigen Platz einnehmen und im Zusammenhang mit der Möglichkeit zur intellektuellen und emotionalen Verarbeitung angeboten werden.

Deshalb fordert die CDU

- mehr Bereitschaft der Eltern durch eigene Initiativen in der Zuwendung zum Kind Gegengewichte gegenüber dem Fernsehen zu schaffen.
- mehr kindgerechte Informationen als bisher
- Einschränkung der Gewaltdarstellungen
- keine Werbung mit Kindern für Kinder
- Information, Befähigung und Bereitschaft der Eltern und sonstigen Erzieher zum kritischen Umgang mit dem Fernsehen

Ausländische Kinder in die Gesellschaft integrieren

Die Kinder ausländischer Arbeitnehmer bedürfen der verstärkten Hilfe und Förderung durch die Gemeinschaft. Das Ziel muß dabei sowohl die Integration dieser Kinder in die Gesellschaft sein, wie auch die Möglichkeit, die eigenständige Kultur zu bewahren.

Jedes Jahr werden in der Bundesrepublik rund 100 000 ausländische Kinder geboren. Nur etwa jedes dritte dieser ausländischen Kinder erreicht den Hauptschulabschluß. Durch diesen Bildungsnotstand ausländischer Kinder werden schwerwiegende soziale Konflikte geschaffen. Bereits heute leben hunderttausende Kinder der zweiten und dritten Generation ausländischer Arbeitnehmer unter uns – häufig in einer schwierigen Lebenssituation: unzureichende Beherrschung ihrer Muttersprache und der deutschen Sprache, ohne Schulabschluß, ohne berufliche Förderung und Ausbildung, ohne Eingliederung in sozialpädagogische Jugendarbeit. Wir haben gegenüber diesen jungen Menschen die moralische und politische Verpflichtung, ihnen die Chancen zu einem menschenwürdigen Miteinander in unserer Gesellschaft zu öffnen.

Deshalb fordert die CDU

- ausreichende Schulplätze, die den Bedürfnissen der ausländischen Kinder entsprechen
- gezielte Bildungsmaßnahmen, zum Beispiel Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe
- intensive Frühförderung in der vorschulischen Erziehung
- Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

Die Lebensgrundlage für die Kinder in der Welt sichern

Unsere Solidarität muß auch den Kindern in den Entwicklungsländern gelten. Wir müssen den Weltkindernotstand bekämpfen. Kinder leiden besonders unter Armut und Not und sind die Hauptleidtragenden, wenn in vielen Gegenden der Welt Krieg geführt wird. Auch diesen Kindern gegenüber sind wir für die Zukunft verpflichtet. Als Teil einer Welt, deren Völker immer stärker voneinander abhängig werden, können wir uns dieser Verantwortung nicht entziehen.

Folgende Zahlen müssen alarmieren:

- Bei Kindern unter 5 Jahren beträgt die Sterberate in den Entwicklungsländern ständig 30 bis 50%.
- Mehr als $\frac{2}{3}$ der 800 Mio. Kinder in den Entwicklungsländern leiden durch Unterernährung an schweren Krankheiten.
- 200 Mio. Kinder und 10 Mio. Kleinkinder drohen an den Folgen schweren Eiweißmangels zu sterben.
- Ca. 250 Mio. Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren erhielten keine Ausbildung.
- Millionen von Kindern müssen viele Stunden pro Tag schwere Arbeit verrichten.

Vorrangige Aufgabe ist die Existenzsicherung und die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lebensumstände einer Familie. Das Leben im Familienverband ist zu stärken und zu fördern. Eine elementare Schulbildung muß diesen Kindern die Grundlage für ihre Zukunft schaffen.

Deshalb fordert die CDU

- Hilfe zur Selbsthilfe, um die wirtschaftlichen Chancen für die Völker in den Entwicklungsländern zu verbessern
- Senkung der Säuglings- und Kindersterblichkeit und gleichzeitiger Förderung der Geburtenplanung durch Aufklärung
- Sicherung der Existenz durch ausreichende Ernährung, Hygiene, Kleidung und Wohnung
- Ausbau der Gesundheitsvorsorge und Krankenbehandlung
- Reduzierung der Kinderarbeit
- eine elementare Schulausbildung für Jungen wie Mädchen

Die Lebensbedingungen der Kinder zu verbessern, geht alle Völker an. Diesem Ziel dient unser Einsatz für den Frieden in der ganzen Welt. Die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Kinder ist gleichzeitig ein wichtiger Beitrag zum Frieden in der Welt.